

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 29 – Schulen an prekären Standorten bedarfsgerecht fördern – „Sozialfaktor“ bei der Lehrerzuweisung einrichten

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 270.17 / 22.09.2017

Wir müssen Brennpunktschulen gezielt unterstützen

Vor knapp einem Jahr hatten wir Cordula Heckmann, die Schulleiterin der Berliner Rütli-Schule, im Rahmen unserer plietsch!-Veranstaltungsreihe zu Gast hier im Plenarsaal. Sie erinnern sich vielleicht: Vor rund zehn Jahren hatte ein „Brandbrief“ des Kollegiums der Rütli-Schule für bundesweite Schlagzeilen gesorgt. Das Kollegium hatte sich damals mit einem Hilferuf an den Berliner Senat gewandt, weil sie die Gewalt an ihrer Schule nicht mehr in den Griff bekommen haben.

Seit dem „Brandbrief“ ist viel passiert und die Rütli-Schule hat sich zu einer echten Vorzeigeschule entwickelt. Durch viel Engagement des Kollegiums – aber auch, weil der Berliner Senat beschlossen hat, Ungleiches ungleich zu behandeln und Schulen in Sozialräumen mit besonderen Herausforderungen besonders zu unterstützen.

Die Frage, wie wir Schulen an prekären Standorten unterstützen können, beschäftigt uns Grüne also schon länger – und nicht erst seit der Berichterstattung der Kieler Nachrichten über die „Schulen am Wind“.

Wir haben vor der Landtagswahl verschiedene Runden hierzu gedreht, die Forderung in unser Landtagswahlprogramm aufgenommen und wir haben uns auch in den Koalitionsverhandlungen mit unseren RegierungspartnerInnen darauf verständigt, dass wir Schulen an prekären Standorten besonders unterstützen wollen – mit einem so genannten „Bildungsbonus“.

Die entscheidende Frage lautet also nicht, ob, sondern wie wir diese Schulen gezielt fördern können – denn ganz so einfach, wie es sich die AfD-Fraktion vorstellt, geht es leider nicht.

Die AfD-Fraktion möchte den Klassenteiler an den „Brennpunktschulen“ auf 18 SchülerInnen reduzieren. Das klingt für den Laien erst einmal plausibel, erfordert aber nicht

nur vergleichsweise viele Lehrerstellen, sondern ist auch nicht wirksam. In wenigen bildungspolitischen Fragestellungen ist die wissenschaftliche Befundlage so eindeutig, wie in der Frage, des Einflusses der Klassengröße auf Schülerleistungen. Wir werden den Antrag der AfD-Fraktion deshalb ablehnen.

Die Frage, wie „Brennpunktschulen“ gezielt unterstützt werden können, ist komplexer und damit der „Bildungsbonus“ nicht verpufft, bedarf es einer gründlichen Vorbereitung. Wir bitten die Landesregierung deshalb, uns ein Konzept zur Umsetzung des „Bildungsbonus“ vorzulegen.

Dabei sind in meinen Augen vor allem drei Fragen zu klären:

- 1.) Mit welchen Indikatoren können die Schulen, die den größten Bedarf für das Unterstützungssystem haben, am besten identifiziert werden?
- 2.) Welche Unterstützungsmaßnahmen sind für diese Schulen am wirkungsvollsten?
- 3.) Wie können wir dafür sorgen, dass die Schulen mit „Bildungsbonus“ positiv gelabelt – und nicht negativ stigmatisiert werden?

Wir haben unter anderem mit der Christian-Albrechts-Universität, dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) und den Verbänden kompetente AnsprechpartnerInnen zur Beantwortung dieser Fragen. Auch lohnt sich der Blick über die Landesgrenzen: Hamburg zum Beispiel benutzt bereits seit 2005 die amtlichen Sozialraumdaten, um die Personalressourcen gezielt zu verteilen.

Und auch die betroffenen Schulen selber, wie die Schulleiter, die sich jetzt im Verein „Schulen am Wind“ zusammengeschlossen haben, werden sicherlich gute Hinweise geben können. Ich werde mich auf jeden Fall mit dem Verein treffen und bin ansonsten gespannt auf das Konzept der Landesregierung.
